



Aktion Sperrminorität

– STOP Privatisierung –

Flugschrift Nummer 4

1. Mai 2009

Bürgerentscheid 2006 – das Verfallsdatum rückt näher

In sechs Monaten endet die Sperrfrist gegen den Verkauf von städtischem Wohnraum.

Gerade eben 3 Monate konnten die Grünen nach dem Bürgerentscheid verstreichen lassen, um im Amtsblatt vom 17.2.07 zu verkünden, nach Ablauf der Sperrfrist bis zu 2.000 Wohnungen, also mehr als ein Viertel des jetzigen Bestandes, verkaufen zu wollen. Leerstehende Häuser und Wohnungen

der städtischen Immobilien lassen vermuten, dass die ersten Päckchen zum Verkauf geschnürt sind, es gilt nur noch das Ende der Bindung des Bürgerentscheids abzuwarten (BZ, 29.01.09). Sollten die FreiburgerInnen tatsächlich alle drei Jahre einen Bürgerentscheid für den Erhalt des

kommunalen Wohnungsbestandes initiieren müssen? Nein.

Deshalb wollen wir in der Satzung der Freiburger Stadtbau verankern, dass der Bestand an Mietwohnungen grundsätzlich erhalten und ausgebaut werden soll.



4 Billionen Euro Neuschulden

In Anbetracht des Desasters der globalen Finanzsysteme ist es nur noch eine Frage von Monaten, spätestens bis nach der Bundestagswahl im September, dass Finanzminister und Regierung die Städte und Gemeinden nachdrücklich bitten werden, ihr Scherflein beizusteuern für die Zins- und Tilgungslasten der Billionen Euro Neuschulden, die leider, leider zur Stützung unserer hochgeschätzten, teuren Banken und anderer notleidender Konzerne notwendig sein sollen. „Wahltag ist Zahltag“ sagt der Volksmund. Doch bereits jetzt dämmert dem einen oder der anderen die Erkenntnis, wer die Kosten für die staatliche Übernahme der privaten Bankverluste zu tragen hat, ebenso die Kosten für Konjunkturprogramme. Und könnte es sein, dass eine weitere ultimative Welle von Schlussverkäufen öffentlicher Güter wie Energieversorger, Wasserwerke, Verkehrsbetriebe, Krankenhäuser und Wohnungsunternehmen erst noch auf uns zukommt, um die riesigen Löcher der öffentlichen Haushalte zu stopfen?

Kein Verkauf von Mietwohnungen

Um gegen zu steuern und nicht wie das Kaninchen auf die Schlange zu starren, ist unsere aktuelle Forderung an den Freiburger Gemeinderat, eine Klarstellung im Sinne des Bürgerentscheides von 2006 in die Satzung der Freiburger Stadtbau GmbH einzufügen:

„Der Bestand an Mietwohnungen ist zu erhalten und auszubauen. Ein Verkauf von Mietwohnungen bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung und ist nur in begründeten Einzelfällen zulässig, z.B. wenn diese als sozial gebundener Mietwohnraum dauerhaft erhalten bleiben.“

16.000 Unterschriften

Wir können aber nicht davon ausgehen, dass eine Mehrheit des Gemeinderates laut „Ja, genau!“ ruft und einen entsprechenden Antrag einbringt und verabschiedet – es braucht also doch noch einen weiteren Bürgerentscheid. Deshalb sammeln wir Unterschriften mit derselben Forderung, und zwar als Frage für ein Bürgerbegehren formuliert.

Notwendig sind ca. 16.000 Unterschriften (plus einige Tausend als Sicherheitsreserve). Der Bürgerentscheid soll dann mit einer der kommenden Wahlen zusammengelegt werden – aus Kostengründen, aber auch um leichter das notwendige Quorum von 25% aller Stimmberechtigten zu erreichen. In Frage kämen die Bundestagswahl im September 2009 oder die OB-Wahl im Mai 2010.

Noch ein Bürgerentscheid

Gelingt dieser Bürgerentscheid, dann können wir darauf aufbauend unser ursprüngliches Vorhaben angehen: nämlich mit einem weiteren Bürgerentscheid Anteile an der Freiburger Stadtbau GmbH zu erwerben. Als Mitgesellschafter wollen wir eine Sperrminorität gegen Wohnungsverkäufe und Satzungsänderungen ausüben und damit das Votum des Bürgerentscheids von 2006 sichern und gleichzeitig auf die Einhaltung der doch recht schönen Präambel der Stadtbau achten:

„Die Gesellschaft der Stadtbau und ihre Organe ... verfolgen in allen Geschäftsbereichen aktiv ... die Zurverfügungstellung von preiswertem Wohnraum im Stadtgebiet Freiburg sowie die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsteile, alleinerziehender Eltern, Arbeitsloser, Obdachloser und Jugendlicher.“ (Satzung der Stadtbau GmbH, Amtsgericht Freiburg, Handelsregister HRB 19, Fassung vom 27.2.2007)

Soziale Gerechtigkeit

Auch wenn wir, die Aktion Sperrminorität, mit dieser Kampagne nur ein sehr spezielles Ziel beim Thema Wohnen verfolgen, ist unser Rahmen weiter gesteckt als „Das Dach überm Kopf, Recht auf Wohnraum für alle“: Jeder Mensch soll frei von Armut, Existenzangst und Unterdrückung nach seinen Vorstellungen leben können. Wir unterstützen Handlungsansätze, die die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Gütern der Daseinsfürsorge wie z.B. Energie, Wasser, Strom, Eisenbahnen, Schulen und Krankenhäusern zum Zwecke der Gewinnerzielung verhindern und Alternativen durchsetzen möchten, mit dem Ziel, soziale Gerechtigkeit und gleichberechtigten Zugriff zu den in reichem Maße vorhandenen materiellen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft zu erreichen.

Beispiele dafür sind die „Stromrebell“ aus Schönau, die BewohnerInnen der bolivianischen Stadt Cochabamba und ihr erfolgreicher Kampf ums Wasser gegen transnationale Konzerne und natürlich der von der Freiburger Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ (WiM) initiierte erfolgreiche Bürgerentscheid von 2006. Die Aktion Sperrminorität will in diesem Sinne mitmischen: Unser konkretes Ziel ist, den Wohnungsbestand der Stadtbau zu erhalten und ganz allgemein bezahlbaren Wohnraum für alle durchzusetzen.

Was halten Sie von unserem Plan?

Stellen Sie Fragen – wir beantworten sie.

Diskutieren Sie mit!

aktionsperrminoritaet@gmx.de

Aktion Sperrminorität
Adlerstr. 12
79098 Freiburg